



Urteil zu LSG-NRW-2018-003-H

In dem Verfahren

■ ,
— Antragsteller, —

gegen

Piratenpartei Deutschland Kreisverband Duisburg
Postfach 110362
47143 Duisburg
duisburg@piratenpartei-nrw.de,
vertreten durch

■ P1 ■ und
■ P3 ■ ,
— Antragsgegnerin, —

Aktenzeichen LSG-NRW-2018-003-H,

wegen

Antrag auf Feststellung betreffend die Mitgliedschaft des Antragstellers im Kreisverband Duisburg
hat das Landesschiedsgericht der Piratenpartei Nordrhein-Westfalen durch die Richter Karsten Ner-
dinger, Melano Gärtner und Sandra Scheck am 01.07.2018 entschieden:

Es wird festgestellt, dass der Antragsteller Mitglied der Antragsgegnerin ist.

I. Sachverhalt

Der Antragsteller beantragt, festzustellen, dass er Mitglied der Antragsgegnerin ist und nicht rechtmä-
ßig aus dieser ausgeschlossen wurde.

Der Antragsteller ist Mitglied der Piratenpartei Deutschland.

Am 22.11.2015 wurde ein Antrag des Antragstellers auf Mitgliedschaft in der Antragsgegnerin und der
Piratenpartei Deutschland durch den Vorstand der Antragsgegnerin angenommen und ihm entspre-
chend mitgeteilt. Den ersten Mitgliedsbeitrag zahlte der Antragsteller vor dem 26.11.2015.

Der Antragsteller behauptet, er sei ohne sein Wissen aus dem Kreisverband Duisburg ausgeschlossen
worden. Bei zwei Mitgliederversammlungen der Antragsgegnerin seien ihm Akkreditierung, Stimm-
und Rederecht verweigert worden.

Der Antragsteller beantragt, festzustellen, dass er Mitglied der Antragsgegnerin ist.

Die Antragsgegnerin stellte keine Anträge und äußerte sich nicht.



Das Verfahren wurde mit Beschluss vom 01.04.2018 eröffnet¹. Gleichzeitig stellte das Gericht Nachfragen an die Beteiligten und den Vorstand der Piratenpartei Nordrhein-Westfalen zur Handlungsfähigkeit des Vorstandes der Antragsgegnerin und dessen Vertretung.

Der Antragsteller teilte am 12.04.2018 mit, dass der Vorstand der Antragsgegnerin handlungsunfähig sei. Weiter beantragte er, schriftlich zu verhandeln. Der Vorstand der Antragsgegnerin und der Vorstand der Piratenpartei Nordrhein-Westfalen äußerten sich nicht.

Da Zweifel an der Handlungsfähigkeit des Vorstandes der Antragsgegnerin und dessen Vertretung vorlagen, bestellte das Gericht mit Beschluss vom 15.04.2018² in analoger Anwendung von § 57 Abs. 1 ZPO den (ehemaligen) Vorsitzenden des Antragsgegners ■ **P1** ■, den Beisitzer im Landesvorstand Nordrhein-Westfalen ■ **P2** ■ und den Vorsitzenden des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen ■ **P3** ■ als Prozesspfleger der Antragsgegnerin und forderte die Bestellten auf, die Annahme bis zum 26.04.2018 zu erklären. Gleichzeitig entschied es, im schriftlichen Verfahren zu verhandeln.

Der als Prozesspfleger Bestellte ■ **P1** ■ erklärte am 21.04.2018, dass er die Bestellung annehme.

Der als Prozesspfleger Bestellte ■ **P3** ■ erklärte am 27.04.2018, dass der Landesverband für alle Prozesse gegen den Kreisverband zuständig sei. Der Landesvorstand habe ihn bereits zwei Wochen zuvor als Vertreter bestellt; die entsprechende Mitteilung an das Schiedsgericht sei jedoch auf Grund eines Adressfehlers nicht angekommen.

Mit Beschluss vom 01.05.2018³ hielt das Gericht die Bestellung von ■ **P1** ■ und ■ **P3** ■ als Prozesspfleger aufrecht und widerrief die Bestellung von ■ **P2** ■. Weiter ordnete es an, alle Schriftsätze auch an den Landesvorstand Nordrhein-Westfalen und die Adresse der Antragsgegnerin zuzustellen.

Am 10.06.2018 legte der Richter am Landesschiedsgericht Christian Degen sein Amt nieder und wurde gemäß § 3 Abs. 9 SGO durch die bisherige Ersatzrichterin Sandra Scheck ersetzt. Dies wurde den Beteiligten am 17.06.2018 mitgeteilt.

II. Entscheidungsgründe

Der Antrag ist zulässig und begründet.

1.

Der Antrag ist zulässig.

Der Antrag ist form- und fristgerecht eingereicht.

Ein Schlichtungsversuch ist erkennbar aussichtslos.

¹Landesschiedsgericht Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 01.04.2018

²Landesschiedsgericht Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 15.04.2018

³Landesschiedsgericht Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 01.05.2018



Der Antragsteller hat ein berechtigtes Interesse an der beantragten Feststellung. Die Feststellungsklage muss auch nicht hinter einer anderen Klageart zurücktreten, da der Antragsteller ein Interesse an der allgemeinen Feststellung hat, dass seine Mitgliedschaft besteht⁴.

2.

Der Antrag ist begründet.

Der Antragsteller ist Mitglied der Antragsgegnerin.

a.

Der Antragsteller hat seine Mitgliedschaft in der Antragsgegnerin mit Zahlung des ersten Mitgliedsbeitrages nach Mitteilung der Annahme seines Aufnahmeantrags zunächst wirksam erworben, § 3 Abs. 2 S. 4 Bundessatzung (BS). Durch die am 26.11.2015 erfolgte Mitteilung der Aufnahme durch die Antragsgegnerin an den Landesverband und die anschließende Behandlung als Mitglied durfte der Antragsteller darauf vertrauen, dass sowohl seine Mitgliedschaft in der Piratenpartei Deutschland insgesamt als auch seine Mitgliedschaft im Kreisverband Duisburg im Speziellen ordnungsgemäß zustande gekommen sind. Eine möglicherweise fehlerhaft oder durch die falsche Stelle erfolgte Aufnahme könnte allenfalls eine Anfechtung mit Wirkung ex nunc stützen⁵. Besondere Gründe, die eine Nichtigkeit ex tunc begründen könnten, hat die Antragsgegnerin nicht vorgetragen.

b.

Der Antragsteller hat diese Mitgliedschaft auch nicht verloren. Die Mitgliedschaft in einem Gebietsverband endet

- mit Ende der Mitgliedschaft in der Piratenpartei Deutschland,
- mit Wechsel des Wohnsitzes in das Gebiet eines anderen Gebietsverbandes oder
- durch Erwerb der Mitgliedschaft in einem anderen Gebietsverband auf Antrag nach § 3 Abs. 2a BS.

Die Mitgliedschaft des Antragstellers in der Piratenpartei Deutschland besteht unbestritten fort. Der Antragsteller hat auch keinen Antrag auf Wechsel seines Gebietsverbandes nach § 3 Abs. 2a BS gestellt.

Der Antragsteller hat seine Mitgliedschaft in der Antragsgegnerin auch nicht durch Annahme, Anzeige oder Bekanntwerden eines anderen Wohnsitzes verloren. Ein Wechsel des Wohnsitzes aus dem Gebiet der Antragsgegnerin hinaus ist nicht erfolgt, da zu keinem vorherigen Zeitpunkt ein solcher bestanden hat. Der Antragsteller hat sich bei Mitteilungen über seine Wohnsitze auch deutlich dagegen gewendet, nicht mehr als Mitglied der Antragsgegnerin behandelt zu werden.

Eine Befugnis zur Aberkennung der Mitgliedschaft des Antragstellers besitzt die Antragsgegnerin nicht. Sie wäre allenfalls befugt, den Erwerb der Mitgliedschaft im Kreisverband mit Wirkung ex nunc anzufechten. Ob eine solche Anfechtung etwa wegen widersprüchlichen Verhaltens (venire contra factum proprium) durch die Aufnahme des Antragstellers und seine Behandlung als Mitglied mit entsprechenden Rechten und Pflichten ausgeschlossen ist, muss vorliegend nicht entschieden werden.

⁴vgl. Sauter/Schweyer/Waldner, Der eingetragene Verein, 19. Auflage Rn. 371ff.

⁵vgl. Waldner, Rn. 75; Reichert, Handbuch Vereins- und Verbandsrecht, 13. Auflage Rn. 1036f.



**PIRATEN
PARTEI**

Piratenpartei NRW
Landesschiedsgericht
Postfach 101925, 44719 Bochum
schiedsgericht@piratenpartei-nrw.de
Fax: 0211-54223-489
NRW, den **01.07.2018**
AZ: **LSG-NRW-2018-003-H**

III. Rechtsmittelbelehrung

Gegen dieses Urteil steht jedem Verfahrensbeteiligten die Berufung zu, die binnen 14 Tage nach Erhalt des Urteils inklusive Rechtsmittelbelehrung bei

Piratenpartei Deutschland
Bundesgeschäftsstelle
c/o Bundesschiedsgericht der Piratenpartei
Pflugstraße 9a
10115 Berlin (Mitte)
anrufung@bsg.piratenpartei.de

einzureichen und zu begründen ist. Der Berufungsschrift ist dieses Urteil beizufügen.

Karsten Nerdinger
Berichterstatter

Melano Gärtner

Sandra Scheck